

Anrede

Der übliche Rückblick auf das alte Jahr und die Aussicht auf das neue fallen dieses Mal irgendwie schwerer als in anderen Jahren.

Nicht nur die politischen Debatten sind andere – ich glaube es ist nicht untertrieben zu sagen, das ganze Land hat sich verändert.

Und es ist gar nicht so einfach eine positive Botschaft daraus zu formulieren.

Und dennoch hat jede Entwicklung Ihre Risiken und Ihr Chancen und mir ist es wichtig, dass gerade die Chancen nicht zu kurz kommen.

Wo also standen wir vor einem Jahr?

An das Sterben der Menschen in Syrien hatten wir uns schon fast gewöhnt als das Elend dann doch immer deutlicher an uns heran rückte.

Und zwar nicht erst dann als die Kanzlerin einen Bus los schickte und ein Selfie von sich machen ließ.

Diesen Mythos sollten wir den rechten Kanzlerkritikern nicht durchgehen lassen. Die Menschen flüchten nicht hierher, um sich mit der Kanzlerin fotografieren zu lassen – diese Menschen flüchten um ihr Leben.

Trotzdem will ich diese Geste nicht kleinreden.

Sie prägt das positive Bild, was unser Land in dieser Zeit nach Außen abgab.

Eine tolerante, weltoffene Gesellschaft, in der so viele bereit sind, sich vor Ort zu engagieren, Ihr Zeit und Ihr Mitgefühl einzubringen.

Im Ausland reiben sich alle immer noch die Augen und sind voll der Bewunderung für dieses Deutschland, was hier sichtbar geworden ist.

Und es ist auch noch nicht vorbei, auch wenn wir jetzt schon wieder ganz andere Auseinandersetzungen führen müssen.

Der lautstarke Hass von rechts, die radikalen Parolen und populistischen Forderungen dominieren inzwischen leider die aktuelle Debatte – aber dennoch sind noch ganz vielen Menschen vor Ort unterwegs und leisten eine unbezahlbare Arbeit jeden Tag!

Auch unter Euch/ Ihnen gehören viele zu diesen stillen Helden und ich möchte es in meiner Funktion als Volksvertreterin nicht versäumen an dieser Stelle ganz herzlichen Dank zu sagen!

Es wird auch in den nächsten Monaten darauf ankommen, diesem leisen Teil der Gesellschaft eine Stimme zu geben – denn zu schnell entsteht der Eindruck, das rechte Geschrei habe die Deutungshoheit erlangt.

Was aber in 2015 mindestens so erstaunlich war wie die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung war die Unfähigkeit der staatlichen Institutionen und der Zusammenbruch des gesamten Registrierungssystems.

Hier fällt es mir schwer dem Innenminister nur fahrlässiges Versagen vorzuwerfen.

Wer mit offenen Augen durch diese Welt geht hätte bereits 2 Jahre zuvor Maßnahmen ergreifen und die erforderlichen Stellen besetzen und Vorsorge treffen können.

Im April 2014 habe ich zusammen mit Filz Polat das BAMF in Friedland besucht.

Da war man schon alarmiert und hat mit größter Sorge auf die unbesetzten Stellen und den wachsenden Rückstau hingewiesen.

Und dann stellt sich der politisch verantwortliche Minister tatsächlich eineinhalb Jahr später hin und behauptet, die Situation sei leider überhaupt nicht vorhersehbar gewesen?!

Da spricht einiges dafür, dass hier politisches Kalkül am Werke war.

Die Wirkung dieses Versagens waren verheerend: Bilder von ungezählten, unregistrierten Flüchtlingen, die quer im Land herumirren und monatelang auf einen Termin bei einer Behörde warten.

Bilder, die Ängste herauf beschwören, Bilder, die Menschen verunsichern.

Ich kann es immer noch kaum glauben, dass dies ausgerechnet in unserem Land passiert ist, das berühmt ist für seine durchorganisierte Verwaltung.

Im Zeitalter vor der Digitalisierung hätte man das mit bloßen Karteikarten besser hinbekommen!

Jetzt hat die Kanzlerin ihre Allzeckwaffe Weise eingesetzt, um das System von Grund auf neu aufzubauen.

Wir hatten Herrn Weise zu unserer Fraktionsklausur eingeladen und ich hatte nach dem Gespräch doch den Eindruck, dass die realistische Chance besteht, dass die neuen Strukturen im Laufe des neuen Jahres funktionsfähig und ein Großteil des Rückstaus abgearbeitet werden kann.

Leider wird das Bemühen des Herrn Weise, den Rückstau abzubauen vom Innenminister sabotiert, auf dessen Anordnung hin auch bei syrischen Flüchtlingen wieder eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden soll.

Wir hatten aber noch einen anderen Gast auf unserer Klausur: Dr. Fratzscher vom DIWForschung, der ganz erstaunliche Zahlen präsentiert hat.

Danach wirkt sich jeder Euro, den wir jetzt in die Aufnahme der Flüchtlinge investieren wie ein Konjunkturpaket für die deutsche Wirtschaft.

Und zwar nicht nur die gut ausgebildeten syrischen Akademiker, sondern alle, auch die gering qualifizierten.

Die finanziellen Leistungen fließen gerade bei denen, die wenig haben unmittelbar wieder in den Wirtschaftskreislauf und in den Konsum. Die Wirtschaft selbst ist derzeit hervorragend gerüstet neue Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Regionen mit hohem Migrationsanteil verfügen nachweisbar über mehr Innovationskraft und auch über eine höheren Lohndurchschnitt. Auch die einheimischen Niedrigverdiener profitieren damit von der Zuwanderung und stehen gerade nicht in einem Verdrängungswettbewerb.

Und in den letzten Tagen konnten wir im Wirtschaftsteil der Zeitungen lesen: Die Bundesagentur führt die wachsende Arbeitskräftenachfrage auch auf den Flüchtlingsstrom zurück.

In dieser Deutlichkeit haben mich die Zahlen dann doch nochmal überrascht.

Es erklärt für mich aber auch ein wenig das Mysterium, was die Kanzlerin im letzten Jahr angetrieben hat.

Für uns Grüne steht die humanitäre Frage immer ganz klar im Vordergrund – die Kanzlerin hingegen war immer die Kanzlerin der deutschen Wirtschaft.

Deutlich war das bspw. im Streit um die Rüstungsexportkontrolle – dabei war und ist sie unsere härteste politische Gegnerin.

Jetzt hat ihr wirtschaftspolitisches Umfeld sie zu Handlungen veranlasst, die die politischen Fronten in mancher Hinsicht verschieben.

So kommt es, dass wir Grüne in die ungewohnte Lage gekommen sind die Kanzlerin gegen Rechts zu verteidigen, statt sie wie gewohnt von links anzugreifen.

Die Angriffe von Rechtsaußen, die wir in den letzten Monaten erleben sind von einer nie dagewesenen Qualität und wir sind uns inzwischen alle nicht mehr sicher, wie das politisch ausgeht.

Bislang waren wir eins der letzten Länder in Europa, das von dem kontinentalen Rechtsrutsch einigermaßen verschont geblieben ist. In Frankreich werden die Bürgerrechte ausgesetzt und in Polen das Verfassungsgericht entmachtet und die EU-Fahne eingerollt.

Doch was passiert jetzt bei uns?

Wenn Menschen verunsichert sind blicken sie umso mehr die auf politische Führung des Landes.

Im Herbst war da noch eine Führung, die gesagt hat, wir schaffen das.

Leider mussten wir seither mit ansehen, wie die politische Führung immer mehr in Hysterie verfällt.

Ein populistischer Vorschlag jagt den nächsten und die Halbwertzeit von Gesetzen nähert sich dem Nullpunkt.

Bestes Beispiel: Obwohl die neue Rechtslage zur Abschiebung straffälliger Ausländer gerade erst zum 01.01. in Kraft getreten ist und noch gar nicht richtig zur Anwendung kommen konnten bringt die Koalition wenige Tage später schnell weitere Verschärfung auf den Weg, um nach den Vorfällen in Köln die Handlungsfähigkeit des Staates zu simulieren.

Ruhe und Besonnenheit sieht anders aus.

Die meisten der in Köln angezeigten Vorgänge haben übrigens innerhalb des Bahnhofs und nicht davor stattgefunden- also im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei. Und da sind wir schon wieder bei der Verantwortlichkeit des Bundesinnenministers.

Dass die Bundespolizei Ihrer Aufgabe nicht mehr nachkommen kann ist auch kein Wunder: stehen doch die meisten Beamten an der deutschen Grenzen und führen wenig effiziente Kontrolle an den Autobahnübergängen durch.

Der einzige Zweck dieser sinnlosen Kontrolle ist auch hier wieder Symbolpolitik.

Wer allen Ernstes die Grenzen schließen will braucht eine Mauer und einen Schießbefehl. Da spricht die AFD nur konsequent aus, was unausgesprochen auch die CSU fordert.

Und wenn es um offene Grenzen geht haben wir Gutmenschen von den Grünen schon wieder die deutsche Wirtschaft auf unserer Seite!

Man kann den Kommentaren das blanke Entsetzen ablesen, wenn sie die Kosten einer Grenzschließung für die Exportnation Deutschland hochrechnen!

Die Polizei wird jedenfalls für andere Aufgaben gebraucht.

Diebstahl, Raub und sexuelle Nötigung sind konsequent mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen und zwar ohne Rücksicht auf die Herkunft der Täter.

Aber auch die insgesamt 1000 Straftaten gegen Asylunterkünfte, davon allein 13 Sprengstoffanschläge- stellt die Polizei vor neue Herausforderungen.

Der Rechtsstaat ist nur so stark wie seine Ressourcen und deshalb ist es längst keine Neuigkeit mehr, dass auch wir Grüne an verschiedenen Stellen mehr Polizei fordern.

Aber Polizei allein ist keine Garantie für Sicherheit und Freiheit. Dazu brauchen wir auch eine leistungsfähige Justiz und das Vertrauen der Bürger, dass sie im Zweifelsfall auch Zugang zu dieser Justiz bekommen.

Als Rechtspolitikerin sehe ich mit besondere Sorge, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr auf die Innenpolitik richtet, die für das Repressive zuständig ist und nicht auf die Justiz, die den freiheitlichen Gegenpol dazu bilden muss.

Besondere Sorgen macht mir die sinkende Bereitschaft rechtsstaatliche Grundsätze zu verteidigen und sich schützend vor die Verfassung zu stellen.

Und zwar nicht nur beim Asyl, sondern auch beim Art 6, dem Schutz der Familie – auch dafür soll es jetzt auch eine Obergrenze geben:

Das soll wie folgt funktionieren: Statt wie im letzten Jahr syrische Flüchtlinge ohne Einzelfallprüfung vorab als Konventionsflüchtlinge anzuerkennen soll jetzt wieder erst im Einzelfall entschieden werden.

Ziel ist es, möglichst vielen Syrern nur noch den sogenannten subsidiären Schutzstatus zu zuerkennen, damit sie ihre Familienangehörigen nicht nachholen können.

Ob jemand ein Konventionsflüchtling ist oder nicht entscheidet allerdings nicht der Innenminister, sondern das Verwaltungsgericht.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist keine freiwillige Spaßveranstaltung, sondern verbindliches deutsches Recht!

Die Zahlen der Vergangenheit zeigen, dass bei den meisten Syrern die Voraussetzungen der Genfer Konvention vorliegen und viele daher die Prozesse gewinnen werden.

Wieder geht es nur um Symbolik für den rechten Rand, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz und auf die Belastung der Gerichte.

Aber nicht nur bei den Grundrechten – auch bei anderen zentralen Verfassungsfragen zeigt man sich zunehmend flexibel.

Da schicken wir jetzt unsere Bundeswehr in einen Kriegseinsatz im Nahen Osten – ohne UN Mandat und ohne System kollektiver Sicherheit – um unsere Solidarität mit unseren französischen Nachbarn unter Beweis zu stellen.

Die Pariser Bevölkerung ist im letzten Jahr zweimal Opfer schrecklicher Verbrechen geworden – begangen von gebürtigen Belgiern und Franzosen, die sich hier bei uns in Europa radikalisiert hatten und den Behörden teilweise bereits bekannt waren.

Weder waren die Verbrecher staatliche Akteure, noch hat das syrische Regime unseren Nachbarn angegriffen.

So schrecklich diese Verbrechen auch waren, sie waren kein militärischer Angriff, der eine militärische Intervention gegenüber einem anderen Staates rechtfertigt.

Das Problem ist doch ein anderes:

In Frankreich ist der rechte front nationale inzwischen stärkste Kraft und Konservative und Sozialisten stehen unter Druck.

Das Gewaltverbot der UN Charta enthält aber keine Ausnahme, um von innenpolitischen Problemen durch Krieg abzulenken.

In der UN Charta haben die vereinten Nationen ein Gewaltverbot verankert, das nach zwei verheerenden Weltkriegen sicher stellen soll, dass sich so etwas nie mehr wiederholt.

Wer aber heute im Deutschen Bundestag auf Völkerrecht und Grundgesetz hinweist erntet gerade noch ein mitleidiges Lächeln und den Hinweis, dass man das Recht doch immer auch so oder so auslegen könne.

Das Tempo mit dem hier rote Linien eingerissen werden ist atemberaubend und erschüttert mich zutiefst.

Bereits der Einsatz im Nordirak, den wir jetzt gerade im Januar um ein Jahr verlängert haben ist verfassungswidrig: da agiert eine Koalition der Willigen ohne UN Mandat.

Man will uns glauben machen die deutschen Bewaffnung der Peshmerga habe den Jesiden das Leben gerettet.

Dieser Mythos ist auch so schön, dass man ihn gerne glauben will. Die Lage vor Ort ist allerdings deutlich komplexer, als die Geschichte, die man uns erzählen will.

Die Jesiden wurden vielmehr von den syrischen Kurden gerettet, die sich inzwischen im bewaffneten Kampf mit den von Deutschland ausgerüsteten Peshmerga befinden.

Viel glauben, dass man auch mal Menschenleben retten könne, indem man Völkerrecht und Grundgesetz weniger Ernst nimmt.

Das Gegenteil ist richtig, denn Völkerrecht und Grundgesetz beruhen nicht auf Zufall, sondern auf Erfahrung.

Auch die jüngere Erfahrung lehrt uns, dass rechtswidrige Militäreinsätze noch nie zur Befriedung eines Konflikts und damit zur Rettung von Menschenleben beigetragen haben.

Im Gegenteil: je skrupelloser über Recht und Gesetz hinweg gegangen wurde, desto verheerender war die Wirkung des Gewalteinsatzes.

So ist der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak von 2003 die Geburtsstunde des IS, der im wesentlichen von ehemaligen Offizieren der aufgelösten Armee Sadam Husseins aufgebaut wurde.

In Syrien sind heute ca. 400.000 Menschen unmittelbar vom Hungertod bedroht und täglich ertrinken ganze Familien vor den Küsten Griechenlands. Allein im Januar sind dort 368 Menschen ertrunken. Auf 100 Bootsflüchtlinge kommen inzwischen 36 Kinder.

Und was mich wirklich umtreibt diese Tage: wenn wir mit der Marine Menschen vor den libyschen Küstengewässern retten können, warum können wir das nicht zwischen der Türkei und Griechenland?

Und wenn wir gegen den Willen Assads Bomben über Syrien abwerfen können, warum können wir dann nicht Nahrungsmittel gegen seine Willen abwerfen?

Um das Sterben zu beenden braucht es als erstes einen Waffenstillstand und den schließt man bekanntlich nicht mit seinen Freunden, sondern mit den Feinden.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass sich alle an einen Tisch setzen müssen – auch mit dem syrischen Regime, aber auch mit den Kurden!

Der Luftkrieg der Allianz macht eine Einigung am Boden jedenfalls nicht einfacher. Die angeblichen Erfolgsmeldungen gegen den IS sind mehr als zweifelhaft.

Die deutsche Beteiligung an diesem Einsatz ist ein Fehler.

Wir werden keinen Frieden fördern, indem wir unser Grundgesetz zu Disposition stellen – nicht in Syrien und auch sonst nirgends.

Ob in der Außenpolitik oder im Inland: gerade wenn die Emotionen hochkochen und Gewalt auf Gegengewalt stößt braucht es besonnene Stimmen, die den Rechtsstaat verteidigen.

Und zwar auf allen Ebenen: nicht nur im Bundestag, sondern auch hier vor Ort.

Es wird nicht leicht sein in diesem kommenden Jahr durchzudringen mit differenzierten Argumenten und abwägenden Positionen.

Und deswegen sind wir alle gefordert zusammen zu stehen und der Aufgeregtheit der sogenannten sozialen Netzwerke was entgegen zu halten.

Dabei möchte ich den Appell nicht nur an uns Grüne richten, sondern an alle Akteure demokratischer Parteien.

Wir dürfen angesichts der steigenden rechten Umfragewerte nicht in Panik verfallen und bewährte Grundsätze preisgeben.

Diese Taktik ist vor 80 Jahren schon mal gescheiter.

Diesmal wissen wir es besser und wir sind in auch in einer anderen Position:

Wir sind ein wirtschaftlich starkes Land, mit 70 Jahren Demokratieerfahrung:

Und deswegen bin ich sicher:

Wir können das schaffen – wir müssen es nur wollen!

In diesem Sinne ein frohes neues Jahr!

Vielen Dank.